

Manuskript der Kanzelrede von Dr. Mirjam Zadoff, Direktorin des NS-
Dokumentationszentrums
am 11. Oktober 2020 in der Erlöserkirche an der Münchner Freiheit

Eine Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzing in Kooperation mit dem
Freundeskreis der Akademie

Es gilt das gesprochene Wort!

Empathie braucht sich nicht auf Erinnerung und Gegenwart in Zeiten von Covid19

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Dr. Hahn,

es ist mir eine große Freude und Ehre, hier und heute zu Ihnen zu sprechen. Eine Einladung zu einer Kanzelrede bekommt man – oder: frau – nicht jeden Tag. Das ist schon eine schöne Sache.

Es ist – ohne Zweifel – aber auch eine Herausforderung, handelt es sich bei einer Kanzelrede doch um ein ungewöhnliches Genre: angesiedelt zwischen Vortrag und Predigt. Und in meinem Fall – als Historikerin – angesiedelt zwischen Wissenschaft und Auslegung. Oder noch präziser und in Bezug auf unsere Arbeit im NS-Dokumentationszentrum: angesiedelt zwischen dem Wissen um die Vergangenheit und die Vermittlung desselben in unserer Gegenwart.

Die zentrale Leitfrage ist dabei: „Was hat das mit mir zu tun? Was hat das (die Geschichte) mit meinem heutigen Blick auf die Welt zu tun?“ 75 Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangenen, die Stimmen der Zeitzeug*innen werden leiser – erst diese Woche ist eine der sprachmächtigsten von ihnen gestorben: Ruth Klüger. Die Begegnungen mit ihnen, die für viele Menschen eine unmittelbare Berührung mit der Geschichte bedeuteten und bedeuten, werden seltener – besonders jetzt in Zeiten der Pandemie. Und so kommt der Aufgabe, neue Wege zur Vermittlung der Geschichte zu finden, immer größere Bedeutung zu. Ohne Zweifel stehen das Wissen und die Fakten im Zentrum, trotzdem müssen die rein rationalen Zugänge erweitert werden durch individuelle, emotionale, um der Frage „Was hat das mit mir zu tun?“ auch weiterhin Relevanz zu verleihen.

Aktuell erscheint es oft so, als wären Wissenschaft und Emotionen harte Gegenspieler im Kampf um die Deutung der Gegenwart – und der Vergangenheit. Ich spreche von der, vielerorts dominanten Rhetorik des Populismus, die Ängste schürt, entzweit und Menschen, Gruppen gegeneinander aufhetzt, unbequeme Wahrheiten zu Fake News erklärt, Einigkeit und Solidarität als Schwäche. Und Empathie? – Verachtungswürdig. Empathie, die Fähigkeit und Bereitschaft, Empfindungen, Gedanken und Motive einer anderen Person zu erkennen und zu verstehen – oder es zumindest zu versuchen. Denn mehr als eine (als solche reflektierte) Übung kann die Empathie nicht sein. Für das Fortbestehen heterogener, demokratischer Gesellschaften ist sie von essentieller Bedeutung – gerade in einer Zeit, in der in den Blasen und Echoräumen der sozialen Medien der Blick auf die Gesellschaft als Ganzes verloren zu gehen droht.

Lassen Sie mich etwas ausholen und zurückkehren in die Anfangsmonate des schwierigen Jahres 2020, mit dessen Deutung Legionen von Historiker*innen beschäftigt sein werden.

Im März und April haben wir wohl den stillsten Frühling seit sehr langem erlebt: Über Wochen gab es kaum Verkehr in den Städten und auf den Autobahnen, das konstante Dröhnen des Flugverkehrs war nur mehr eine vage Erinnerung. Dafür ging es in manchen Wohnungen umso lauter zu – nicht nur aber besonders da, wo eingesperrte und ihrer alltäglichen Routine beraubte Kinder zwischen Langeweile, Ärger und Frustration pendelten.

Während engagierte Pädagog*innen und mehrfach belastete Eltern versuchten, den Kindern über Homeschooling einen Eindruck von Normalität zu vermitteln, konnte ich mich damals eines Gefühls nicht erwehren: Dass nämlich vielleicht auch wir, die Gesellschaft der Erwachsenen, diesen Moment nutzen sollten, um innezuhalten und zu reflektieren – und uns selbst ein alternatives Lernprogramm zu verordnen, bevor wir zurückkehren zu business as usual.

Homeschooling für eine Gesellschaft, die dringend eine neue Balance von Wissen und Gefühl braucht, bevor die nächste – vielleicht viel größere Krise – über uns hereinbricht. In Anbetracht drohender Hunger-, Flucht- und Katastrophenszenarien, die das sich rasch verändernde Klima auslösen wird, haben wir es bitter nötig, über die Beziehung zwischen Wissen und Gefühl nachzudenken: über die Balance zwischen Information und Wissen einerseits, und den Sorgen, Ängsten und Hoffnungen der Menschen andererseits.

Manche Menschen lassen sich gerade in diesen Wochen dazu verführen, in wissensfreie Blasen umzuziehen, in denen jede unbequeme Wahrheit als ‚Fake News‘ abgetan, die Pandemie zur Verschwörungsphantasie umgedeutet wird und die Russische Föderation, in der

Regimegegner*innen und Journalist*innen ihres Lebens nicht sicher sind, zum demokratischen Sehnsuchtsort.

Ungläubig verfolgen viele von uns die Berichterstattung über den amerikanischen Wahlkampf, die Drohungen gegen demokratische Politiker*innen und die Gegenwelten, die sich Anhänger*innen des Präsidenten gebaut haben: Eine von ihnen erklärte kürzlich in einem Interview auf die Frage, welche Verantwortung Donald Trump ihrer Meinung nach habe für die über 200.000 Corona-Toten in den USA: „I don't believe in numbers.“ Ich glaube nicht an Zahlen – nicht an diese oder andere.

Dieses post-aufklärerische Paradigma des autoritären Populismus trägt Mitschuld an der aktuellen Katastrophe der Pandemie – und besonders dort, wo politische Verantwortungsträger sich gegenüber jedweder wissenschaftlichen Erkenntnis verschließen. In Deutschland hatten wir bislang Glück – dank eines exzellenten Gesundheitssystems und einer Kanzlerin, die selbst Wissenschaftlerin ist – und es vermag, in wenigen Minuten die Logik von Ansteckungsketten so zu erklären, dass jeder und jede es mühelos verstehen und memorieren kann.

„Rational fear“, rationale Angst titelte die New York Times diese Woche, um zu betonen, dass Angst momentan durchaus angebracht sei – eine Angst, die auf Vernunft, Logik und wissenschaftlicher Erkenntnis basiert und keinen Widerspruch darstellt zwischen Emotion und Wissen – auch dann nicht, wenn ein gerade erkrankter Präsident seiner Bevölkerung erklärt, die Menschen sollen keine Angst haben vor Covid19, und die Pandemie nicht ihr Leben bestimmen lassen.

Um diese Krise zu überstehen und auf die kommenden vorbereitet zu sein, brauchen wir ein neues Vertrauen in die Wissenschaft. Zugleich müssen wir die Emotionen der Menschen wahrnehmen und ernstnehmen, um ihr Vertrauen in Gesellschaft und Staat stärken. Dazu bedarf es einer Vielzahl von Experten und Expertinnen, die fachübergreifende Forschungen anstellen darüber, wie Demokratien in Zeiten von Populismus und Pandemie bestehen können. Das beginnt mit der Frage, wie die Visionen, Regeln und Ideale gemeinschaftlichen und solidarischen Zusammenlebens erhalten werden können, wenn man sich – wie nun schon seit Monaten – nicht mehr begegnen oder in größeren Gruppen zusammenkommen darf. Demokratie braucht Versammlung, Gemeinsamkeit, Nähe und Austausch. Kinder wachsen nun aber auf im Bewusstsein, dass andere Menschen eine potenzielle Gefährdung bedeuten, dass man einander nicht mehr berühren darf und jede – auch die kleinste – Ansammlung von Menschen meidet.

Waren Sie schon einmal in der Situation, eine politisch kontrovers geführte Debatte über Zoom zu führen? Es ist wie Fechten ohne Partner

und mit dem eigenen Schatten. Sie sprechen in einen luftleeren Raum, bleiben allein, sie können weder die emotionale Temperatur im Raum einschätzen, noch ihre eigenen Aussagen mit einer verbindlichen Geste begleiten.

Wir leben in einer Kultur, in der wir es gewohnt sind, einander die Hand zu reichen, Freunde zu umarmen oder auf die Backe zu küssen – in Deutschland einmal, in Österreich zweimal, in Frankreich dreimal. Die Art, wie wir einander begrüßen, ist Teil unseres kulturellen Selbstverständnisses. Wenn es normal ist, dass Männer einander mit einem Kuss begrüßen, hat eine Gesellschaft homophobe Ängste überwunden. In den Jahren von 1935 bis 1945 mussten Männer hierzulande fürchten, als schwul verfolgt zu werden, wenn sie einander mit einer Umarmung begrüßten. Und mancherorts auf der Welt ist es immer noch – oder wieder – so.

Was passiert jetzt mit uns, wenn wir einander nicht mehr berühren dürfen? Wenn wir andere Menschen als potentielle Bedrohung wahrnehmen oder selbst Bedrohung sind? Der Alltag wird zum Spießrutenlauf, zum minütlichen Abwiegen von Freundlichkeit vs. Sicherheit. Reicht es aus, einander anzulächeln – verborgen hinter der Maske – während man Abstand sucht? Wir wissen um die Notwendigkeit der Distanz, die uns unsere Achtsamkeit für andere und uns selbst gebietet. Es ist verwirrend.

David Grossmann, der israelische Autor und große Chronist von Trauma und Verlust, hat ein Kinderbuch mit dem Titel „Die Umarmung“ geschrieben. Illustriert ist es mit den zarten Bildern der wunderbaren Michal Rovner. Vielleicht kennen Sie es? Darin sagt Bens Mutter ihrem Sohn, wie lieb sie ihn hat und dass keiner ist, wie er, keiner auf der ganzen Welt. Da wird der Junge nachdenklich: Wenn keiner auf der ganzen Welt so ist wie er, dann ist er doch ganz allein? Aber zum Glück – und das ist die Rettung – gibt es eine wunderbare Erfindung, um diese Einsamkeit zu überwinden: die Umarmung.

Noch wissen wir nicht, welche Auswirkungen die physische Distanz, die wir jetzt erleben, auf uns haben wird – auf unsere körperliche und psychische Gesundheit. Umarmungen, und das ist wissenschaftlich erwiesen, haben einen positiven Effekt auf die Gesundheit, reduzieren Bluthochdruck und wirken vorbeugend gegen Depressionen. Was ersetzt uns diese Begegnungen? In der Literatur wie der Kunst spielen Umarmungen häufig dann eine Rolle, wenn sie unmöglich oder nicht erlaubt sind. Egon Schieles Gemälde ‚Die Umarmung‘ entstand 1917, mitten im Weltkrieg, einer radikalen Form von social distancing. Im Oktober 1918 starb der Maler an der Spanischen Grippe, drei Tage nachdem seine Frau und sein ungeborenes Kind der Pandemie zum

Opfer gefallen waren, die weltweit vermutlich über 50 Millionen Menschen das Leben nahm (genau wissen wir es nicht).

61 Jahre später, 1980, entstand die Fotografie „The Hug“, die Umarmung, der US-amerikanischen Künstlerin Nan Goldin als ein Dokument von Intimität und Menschlichkeit, kurz bevor AIDS als grassierende Seuche identifiziert wurde, aber schon längst hohe Todeszahlen gefordert hatte.

Künstlerische Zeugnisse der Zerbrechlichkeit menschlichen Lebens und gesellschaftlichen Zusammenhalts – in Zeiten der Angst.

Vor vier Jahren erschien posthum Ulrich Becks Band „Die Metamorphose der Welt“. Darin schreibt er, und ich zitiere: „Mit dem Ausmaß der Gefahr wächst die Wahrscheinlichkeit ihrer Leugnung, Verharmlosung.“ Menschen müssen zusehends mit Gefahren leben, so Beck weiter, die für sie unvorstellbar sind. Bei gleichzeitiger politischer Tatenlosigkeit verwandelt die wachsende Gefahr die Risikogesellschaft in eine Sündenbockgesellschaft: „Plötzlich sind es nicht die Gefährdungen sondern diejenigen, die sie aufzeigen, die die allgemeine Unruhe provozieren.“ Der Umgang mit Angst würde dadurch zu einer Schlüsselqualifikation unserer Zeit, schrieb Beck prophetisch, und solle deshalb in jeden pädagogischen Kanon aufgenommen werden.

Die Zuspitzung aktueller Sündenbockdebatten zeigt uns, wie recht Ulrich Beck haben sollte. Wir sollen zu unserer Unmenschlichkeit stehen, forderte kürzlich der Kolumnist einer großen deutschen Tageszeitung: zu unserer Unmenschlichkeit stehen und Asylsuchenden jedwede Unterstützung verweigern. Denn, so der Kolumnist weiter, den Flüchtlingen hätten wir die Radikalisierung unseres politischen Diskurses zu verdanken. Also: Frauen, Kinder, Männer, Jugendliche ertrinken lassen – oder wie kürzlich in Großbritannien vorgeschlagen: permanent in Lager sperren, die auf aufgelassenen Bohrseln eingerichtet werden. Ach ja, und da war noch ein ehemaliger Pressesprecher, der in Berlin erklärte: erschießen oder vergasen.

Ehre wem Ehre gebührt. Die politischen Entwicklungen in unserer Parteien-Landschaft haben wir nicht den Hilfsbedürftigen dieser Erde zu verdanken, sondern nur uns selbst.

„Niemals ist unsere Zukunft so unvorhersehbar gewesen, niemals waren wir so abhängig von politischen Kräften, denen wir nicht zutrauen können, die Regeln des Gemeinnsinns und Eigeninteresses zu befolgen, und die wie reiner Wahnsinn aussehen...“, schrieb Hannah Arendt 1951, vor fast 70 Jahren, doch ihre Worte berühren uns als irritierend aktuell.

Ja, die Zukunft ist unvorhersehbar – aber wir erleben jetzt gerade auch eine Zeit großer Solidarität. Wenn vor der Pandemie den Älteren vorgeworfen wurde, den Klimawandel verschuldet und damit die Zukunft

ihrer Enkel verspielt zu haben, spielt intergenerationale Solidarität heute eine große Rolle, wenn es darum geht, die Älteren und Angehörigen von Risikogruppen zu schützen.

Als Historikerin und Leiterin des NS-Dokuzentrums ist meine Hauptaufgabe eigentlich nicht das Nachdenken über Gegenwart, sondern über Vergangenheit. Und doch geht es in unserer Arbeit immer um das Verhältnis zwischen Vergangenheit und Gegenwart, und damit auch zwischen Vergangenheit und Zukunft. Historiker sind „Propheten des Vergangenen“, um einen Buchtitel von Michael Brenner zu zitieren: Sie formen und deuten Vergangenheit, und sie tun es mit den Werkzeugen und aus den Sinnzusammenhängen ihrer jeweiligen Gegenwart heraus. Wir wünschen uns und hoffen, aus der Geschichte zu lernen und die Vergangenheit als ein Orientierungssystem zu begreifen.

Als Historikerin bin ich auch davon überzeugt, dass die Beschäftigung mit Geschichte die Basis für jedes solidarische und demokratische Zusammenleben einer Gesellschaft bildet.

In Deutschland haben wir Erfahrung damit: durch die großen Erfolge der ‚deutschen Erinnerungskultur‘ in den vergangenen 25 bis 30 Jahren, die eine nationale Geschichtserzählung ohne Heldenmythos zulässt, die eine Geschichte der Täter, der Profiteure, der Mitläufer, der Mörder, der Wegschauer ist. Und die Erwartungen an Dokumentationszentren, Gedenkstätten, an Pädagog*innen und Geschichtsinitiativen sind hoch – das Wissen um die deutschen Verbrechen möge eine Immunisierung mit sich bringen gegen faschistisches Gedankengut.

Zugleich müssen wir uns aber auch eingestehen, dass diese Erfolge des Erinnerns spät kamen – zu spät für viele Überlebende, deren Schmerz über Jahrzehnte nicht gehört wurde, deren Verluste nicht entschädigt wurden, die niemals so recht ihren Platz in der Nachkriegsgesellschaft fanden. Dieses andere Deutschland schaut uns heute an aus den Gesichtern der Hetzer und der Entsolidarisierer. Ob es uns in dieser Krise gelingt, ihre Empathie zu wecken, ihr Verständnis dafür, dass Aggression und Nihilismus sich letztlich gegen alle – und am Ende gegen einen selbst – wenden?

Die Gedenkfeiern zum 75. Jahrestag des Endes des NS-Regimes fanden dieses Jahr stumm und einsam statt. Überlebende als Angehörige der Hochrisikogruppe der Ältesten in unserer Gesellschaft waren und sind weiterhin isoliert, verstummt, abgeschnitten vom gesellschaftlichen Leben, zu dem sie über Jahrzehnte so vieles und so Wertvolles beigetragen haben. Die Brandenburgischen Gedenkstätten hatten daraufhin die schöne Idee, es den Menschen zu ermöglichen, an die Überlebenden zu schreiben – ihnen Nachrichten zu senden. Viele von ihnen leben in großer

Armut – es ist Zeit, ihnen etwas zurückzugeben, für Organisationen zu spenden, die sich für ihr Wohlergehen einsetzen.

Anlässlich der Befreiungsfeierlichkeiten hielt Bundespräsident Steinmeier eine Rede darüber, dass Deutschland 1945 von den Alliierten befreit wurde – sich heute aber selbst befreien müsse, „von Fremdenfeindlichkeit und Demokratie-Verachtung“.

Besonders in den USA, mit ihrem ‚Amerika first‘ Präsidenten, wurde Steinmeiers Rede in liberalen Kreisen mit Begeisterung aufgenommen. Die New York Times sprach von „Deutschlands Lektionen für Amerika“ - und zitierte aus Steinmeiers Rede: „Rabbi Nachman hat gesagt ‚Kein Herz ist so ganz wie ein gebrochenes Herz‘. Die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte – mit der Verantwortung für millionenfachen Mord und millionenfaches Leid. Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“ Zitat Ende.

Nicht alle in den USA (und natürlich auch in Deutschland) waren begeistert. Der designierte amerikanische Botschafter für Deutschland, Colonel Douglas Macgregor, hatte die deutsche Bundesregierung 2018 beschrieben als (Zitat) „bizarre Regierung, die sich mehr Sorgen um die Unterstützung von Millionen unerwünschter islamischer Eindringlinge zu machen scheint, als um ihre eigene Armee und die Verteidigung ihres Landes“ (Zitat Ende). Und für die deutsche Vergangenheitsbewältigung hatte Macgregor nur Verachtung übrig: Es handle sich dabei (wiederum Zitat) um eine „krankhafte Mentalität, die besagt, dass Generation nach Generation die Sünden aus 13 Jahren deutscher Geschichte zu büßen habe, während die restlichen 1500 Jahre“ ignoriert würden. Macgregors Präsident erklärte vor kurzem, die amerikanischen Geschichtsbücher neu schreiben zu wollen, und damit jedweden reflektierten Umgang mit den Ambivalenzen und Grautönen der Vergangenheit durch Eindeutigkeit zu ersetzen – Homogenität anstelle von Diversität, Hass und Angst statt Solidarität. Trump folgt damit dem Beispiel anderer autoritärer Politiker – wie in Polen, Ungarn oder Brasilien – für die der Kulturkampf und der Erinnerungskampf um nationalistische Helden- und Opfernarrative ganz oben auf der politischen Agenda steht, und die längst alle Schulbücher umschreiben haben lassen.

Auch in Deutschland gibt es diesen Kulturkampf: Als vorgestern der Deutsche Bundestag für die Einrichtung eines NS-Dokumentationszentrums zur Erinnerung an die Verbrechen in den von Deutschland besetzten Gebieten stimmte – sprachen Angehörige der AfD von „Erinnerungswahn“ und deutschem „Sündenstolz“.

In ihrem Buch „Die Gedächtnislosen“ kommentiert die deutsch-französische Journalistin Geraldine Schwarz diese Entwicklung mit folgenden Worten, und ich zitiere: „Sie wollen das auslöschen, was die moralische Stärke Deutschlands ausmacht und was die ganze Welt diesem Land neidet: aus der Reflexion über die Vergangenheit dauerhafte

Werte gesogen zu haben, die bei den Bürgern einen kritischen Geist und eine moralische Umsicht ausbildeten, die untrennbar mit der Kraft der deutschen Demokratie verbunden sind.“

Erinnern – meine sehr verehrten Damen und Herren – ist nicht nur ein umstrittener Prozess (denken Sie nur an den Historikerstreit oder an Martin Walsers „Moralkeule Auschwitz“!), erinnern ist auch ein Prozess, der niemals abgeschlossen ist. Er nährt sich aus der jeweiligen Gegenwart und sagt deshalb meist mehr über diese aus als über die Vergangenheit. Das Erinnern an Nationalsozialismus und Holocaust reflektiert diese Prozesshaftigkeit besonders deutlich, weshalb der in Deutschland gern und stolz gebrauchte Begriff der Erinnerungskultur irreführend ist: Ohne Kenntnis der Genese dieses Prozesses könnte man glauben, es handle sich um einen per Staatsakt beschlossenen Top-Down-Prozess, der das Erinnern in den 1950er oder 60ern in die Parlamente und teuren Innenstadtlagen geholt, und eine bald allzu routinierte Gedenkkultur installiert hat. Nichts an diesem Begriff verweist auf den langwierigen, konfliktreichen und oft schmerzhaften Prozess, der fast ausnahmslos auf die hartnäckige Initiative Einzelner zurückging – ein Prozess, der erst 45, 50 Jahre nach Kriegsende erste große und sichtbare Erfolge verzeichnete.

Dabei war es bereits unmittelbar zu Kriegsende zu einer explosiven Tätigkeit des Berichtens, Dokumentierens und Erinnerns gekommen: Protagonist*innen waren Überlebende und Rückkehrer, ganz besonders die Überlebenden der nationalsozialistischen Ghettos in Osteuropa. Dort war unter dem Einfluss der ethnographisch-jüdischen Sammelkultur der Zwischenkriegsjahre ein aktivistisches Bewusstsein entwickelt worden, Zeugnis abzulegen – den widrigsten Umständen zum Trotz. Artefakte und Erinnerungen der lokalen jüdischen Gemeinden zu sammeln, gehörte ebenso dazu wie das minutiöse Dokumentieren der Realität der Ghettos. Erinnerung an die eigene Geschichte und der Wunsch, in einer fernen Zukunft selbst erinnert zu werden, wurden in dieser außergewöhnlichen Situation von Not, Elend, Bedrohung und Zukunftslosigkeit zu einem Akt des Widerstandes und der Selbstvergewisserung. Und so erschienen ersten Berichte der Überlebenden, Veröffentlichungen von Dokumenten und Tagebuchaufzeichnungen aus den Ghettos bereits 1945 auf Jiddisch, Hebräisch, Französisch, in Buenos Aires, Moskau, Paris und in den DP-Lagern der amerikanischen Zone.

Auffallend ist, dass parallel dazu unmittelbar zu Kriegsende auch die Zuschauer und Mitläufer noch relativ offen berichteten – etwa im Rahmen der ersten Volksgerichtsprozesse in Österreich. Doch kurz darauf war allen klar, dass die vermeintliche Passivität des Zuschauens, Mitlaufens und Profitierens nicht entschuldete und so verstummten die Berichte. Man tauchte ab in eine Blackbox des kollektiven Vergessens. Darin verschwanden der kollektive Blutausch, der staatlich organisierte und legitimierte Raub und Mord, die Faszination für den Nationalsozialismus,

seine Ideologie und Ästhetik und die Verantwortung für einen weltweiten Krieg. Die Aneignung der zu Unrecht „arisierten“ Wohnungen, Kunstwerke, Kulturgüter und Alltagsgegenstände wurde leise fortgesetzt, indem vieles niemals restituiert wurde, Juristen, Wissenschaftler, Pädagogen blieben in ihren Ämtern.

Die Berichte der Opfer blieben ungelesen und ungehört – die eigenen Verluste durch den Krieg wurden zur Rechtfertigung dieser Verhaltensweisen herangezogen. Hatte man nicht schon genug verloren und aufgegeben? Erst die Auschwitzprozesse, die öffentlichen Diskussionen der Studentenbewegung (in all ihrer Ambivalenz) und die Ausstrahlung der Serie „Holocaust“ vermochten es, die Geschichts- und Gedächtnislosigkeit der Nachkriegs-BRD aufzubrechen. Österreich folgte mit Verspätung, als im Lauf der 1980er Jahre durch die „Waldheimaffäre“ und fünfzig Jahre „Anschluss“ der Mythos vom „ersten Opfer des Nationalsozialismus“ entlarvt und demontiert wurde.

Als die deutschsprachige Geschichtswissenschaft sich in den 1970ern daran machte, die Blackbox der NS-Geschichte zu öffnen, beschränkte man sich zunächst auf einen kleinen Ausschnitt, nämlich auf die Strukturen des Systems, auf die Zahlen und minutiös nummerierten Akten der Täter. Die Stimmen der Opfer wurden von vielen als problematisch, subjektiv, passiv wahrgenommen, ihre Erinnerung als „mythisch“ abgetan. So bemerkte Martin Broszat, der damalige Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, und ich zitiere: „Zu den Problemen einer auf mehr rationales Begreifen ausgehenden jüngeren deutschen Historikergeneration gehört sicher auch, dass sie es mit einer solchen gegenläufigen, geschichtsvergrößernden Erinnerung unter den Geschädigten und Verfolgten des NS-Regimes und ihren Nachkommen zu tun hat.“ Die einzig objektive, nicht-emotionale Erzählung des Nationalsozialismus und des Holocaust konnte also aus dem Mund und der Feder deutscher Historiker kommen, aber nicht von den Opfern selbst oder ihren Nachkommen. Damit waren alle jüdischen Historiker*innen (und Angehörigen anderer Opfergruppen) delegitimiert, und die Aufzeichnungen der Überlebenden als geschichtsvergrößernde Mythen abgetan. Es dauerte bis in die 1990er Jahre, dass Saul Friedländers Forderung nach einer „integrierten Geschichte“ und multiperspektivischen Erzählung auch in Deutschland akzeptiert und umgesetzt wurde.

Inzwischen kann man wohl behaupten, dass es wenige historische Ereignisse gibt, die ähnlich viel Aufmerksamkeit von wissenschaftlicher Seite erfahren haben wie die Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust. Neben Kadern von Historikern und Historikerinnen arbeiten Anwälte, Kriminologen, Forensiker, Archäologen, Kuratoren, Anthropologen, Genealogen, Musikologen, Literaturwissenschaftler und andere an der Aufarbeitung der Katastrophe. Mehr Wissenschaftler*innen als je zuvor beschäftigten sich in den vergangenen Jahren mit dem

Thema, aber wir wissen noch längst nicht alles. Obwohl deren Forschungsergebnisse über Ausstellungen, Bücher, Dokumentarfilme, Podcasts und Blogs weit über die Elfenbeintürme der Universitäten hinaus kommuniziert werden, belegen Studien auf dieser und jener Seite des Atlantiks, dass das Wissen über die Katastrophe rapide abnimmt. Weniger und weniger Menschen wissen, was in Auschwitz passiert ist – die biographische Verbindung bricht ab, Großeltern sind zu jung, um zu erzählen.

Der amerikanische Holocaust-Historiker Michael Rothberg bemerkte vor kurzem, die deutsche Erinnerungskultur sei staatstragend geworden und habe ihren aufständischen Charakter verloren: Erinnerung, so Rothberg weiter, müsse eine Verbindung herstellen zu gesellschaftlicher Solidarität und historischer Verantwortung.

Antisemitismus, Rassismus, anti-muslimische Ressentiments, die Ablehnung von Hilfsbedürftigen und Schutzsuchenden sind nicht vereinbar mit einer lebendigen Erinnerungskultur. Dann wird Gedenken zur Show oder zum politischen Kalkül. Was hat das mit mir zu tun? Und was haben wir daraus gelernt?

Vergangenheitsbewältigung ist auch Gegenwartsbewältigung, um die schöne Wortkonstruktion von Max Czollek zu benutzen, und sie begegnet uns in vielfacher Gestalt.

Weltweit haben die George-Floyd-Proteste im Sommer diesen Jahres ein neues Interesse an Geschichte ausgelöst: Denkmäler werden gestürzt, geschichtliche bedingte Hegemonien in Frage gestellt, nationale Mythen aufgebrochen. Geschichte ist nicht nur eine akademische Disziplin, sie ist Grund und Ursache der politischen Realität, in der wir leben. Die schwierige und konfliktreiche Geschichte der deutschen Erinnerungsdebatten und Historikerstreite spielt dabei keine unbedeutende Rolle: Saul Friedländers Forderung nach einer integrierten Geschichte kann als Blueprint dienen für Erzählungen anderer Gruppen, die bislang nicht wahrgenommen worden waren.

Dazu gehört auch eine rigorose Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, die nicht in Konkurrenz zur Geschichte des Nationalsozialismus steht – sondern wichtige ideologische und biographische Verbindungen aufzeigt. Dasselbe gilt für die Erinnerung daran: „Erinnerung verstärkt sich gegenseitig, Empathie braucht sich nicht auf“, bemerkte die Leiterin des Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung, Stefanie Schüler-Springorum in unserer Podcast-Reihe zum Thema „History is not the Past“. „Erinnerung verstärkt sich gegenseitig, Empathie braucht sich nicht auf.“

Covid19 hat uns unseres Alltags beraubt, und uns – bei allem Schmerz – auch zur Reflexion angehalten, darüber, in welche Welt wir nach dem Ende dieser Krise zurückkehren wollen. Es mag sein, dass Sie mich jetzt für naiv halten, aber ich glaube daran, dass wir nur den Weg in eine solidarischere Zukunft vor uns haben – geprägt von Achtsamkeit im Umgang miteinander, mit den Ressourcen unseres Planeten und im Bewusstsein dessen, dass Erinnerung und Empathie essentiell sind für die Bewältigung unserer Gegenwart – und damit auch unserer Zukunft.

Meine Damen und Herren: Vor zwei Tagen hat sich der Anschlag von Halle zum ersten Mal geäußert. Jener Anschlag, der nicht verhindert werden konnte, weil die Synagoge ungeschützt war – weil die Polizei vor Ort nicht wusste, dass Yom Kippur der höchste jüdische Feiertag ist, ein Feiertag, der hierzulande nicht erst seit kurzem begangen wird, sondern seit Jahrhunderten – genug Zeit, um wahrzunehmen, dass in diesen Regionen Mitteleuropas neben christlichen Feiertagen auch andere begangen werden.

Vor wenigen Wochen hat das jüdische Jahr 5781 begonnen, und schon wieder füllen sich die Zeitungen mit antisemitischen Übergriffen. Die deutsche Erinnerungskultur hat vieles richtig gemacht, aber sie hat auch gezeigt, wo ihre Limits sind – dass manch einer sich leichter tut mit der Vergangenheit als mit der Gegenwart. Jüdisches Leben und Kultur sollten hierzulande längst ihren etablierten Platz in der Gesellschaft haben – und das gleiche gilt für die Kulturen und Religionen anderer Gruppen. Denn sie alle prägen und formen dieses Land – machen es zu dem, was es ist – nicht erst seit kurzem und nicht nur an den Rändern – sondern aus seiner Mitte heraus. Und dafür sollen sie nicht dankbar sein müssen, wie Dina Nayeri schreibt, die den diesjährigen Geschwister Scholl Preis erhalten wird. Dafür sollten eigentlich wir dankbar sein.

Nehmen wir diese Vielfalt auf in unser Verständnis einer solidarischen Gesellschaft, erweitern wir unseren Katalog der guten Wünsche – lassen wir es nicht bei ‚Fröhliche Weihnachten‘ und ‚Frohe Ostern‘ bleiben, sondern wünschen wir einander frohen Ramadan, leichtes Fasten – auch zu Yom Kippur, oder eben shana tova, ein gutes Jahr.

Lassen Sie mich damit zum Abschluss kommen – ich wünsche Ihnen und uns allen ein gutes und frohes Jahr 5781, möge es uns bessere Entwicklungen bringen als 2020 es bislang getan hat.

Ja, vielleicht streichen wir einfach 2020 aus unserer Gegenwart und führen ab jetzt das Datum 5781 in unseren Aufzeichnungen und Korrespondenzen – symbolisch und als Zeichen dafür, dass es an uns liegt, unseren Ort in der Geschichte zu bestimmen: was wir erinnern,

welche Verantwortung wir daraus begreifen und welches Handeln wir daraus ableiten für eine solidarische Zukunft.
In diesem Sinn: Shana tova.